

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil: C. Fontane, für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach, für den übrigen redakt. Theil: J. Sachseld, sämtlich in Bosen. Verantwortlich für den Inseratenthail: J. Klugkist in Bosen.

Bosener Zeitung

Achtundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Bosen bei der Expedition in Zeitung, Wilhelmstraße 17, Gult. Ad. Julek, Hoflieferant, Gr. Berber- u. Breitestr. 10, Otto Kieckh, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 6, in den Städten der Provinz Bosen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Julek, Hofe, Haasenhein & Fogler u. G., G. J. Daube & Co., Invalidentenk.

Ar. 304

Die „Bosener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, am Sonntag und Feiertagen ausser. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 M., für die Stadt Bosen, 6.45 M., für ganz Preussland. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 4. Mai.

Inserate, die schlagzeiliger Betitelung oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 M., auf der letzten Seite 30 M., in der Mittagsausgabe 25 M., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen

1891

Deutscher Reichstag.

113. Sitzung vom 2. Mai, 11 Uhr. (Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Beratung der Branntweinsteuernovelle wird fortgesetzt mit der gestern abgebrochenen Debatte über Artikel II (Gebührenfreiheit der Steuerkontrolle der Brennereien und Branntweinreineigungsanstalten) mit dem Antrage Dr. Witte (Hr.) (Gebührenfreie Steuerkontrolle auch der Privatbrenner) und den Anträgen Lender (Hr.) - Wiffner (Hr.) (Verbrauchsabgabe von nur 0,25 M. pro Liter auf einen Hausruck von 20 Litern für die kleinen süddeutschen Brennereien).

Abg. Wiffner befürwortet kurz seinen Antrag. Schatzsekretär Febr. v. Malzahn stellt die Zustimmung des Bundesraths zu dem Antrage Witte in Aussicht, erklärt aber, daß der Antrag Lender, welcher eine Ungerechtigkeit gegen die norddeutschen Branntweinconsumenten sei, auf Annahme des Bundesraths nicht rechnen dürfe. Selbst wenn sich eine Mehrheit im Bundesrath für denselben ergeben sollte, so würde nach der Bestimmung der Verfassung, wonach bei Meinungsverschiedenheiten im Bundesrath in Bezug auf Abänderung eines Gesetzes das Präsidium den Ausschlag giebt für Erhaltung des bestehenden Zustandes, die Annahme des Antrages doch an dem Widerstande scheitern.

Abg. Dr. Buhl (nl.) spricht sich für den Antrag Witte aus, ist aber nach der Erklärung des Schatzsekretärs gegen den Antrag Lender, trotzdem er mit seiner Tendenz sympathisirt.

Abg. Dr. Simonis (Hr.) bittet trotzdem um Annahme des Antrages Lender, da der Bundesrath daran doch das Gesetz nicht scheitern lassen würde. Die Gerechtigkeit erfordere, die Härten gegen die kleinen süddeutschen Brenner einigermaßen zu beseitigen.

Abg. Hug (Hr.) befürwortet ebenfalls den Antrag Lender als das Minimum, was die Süddeutschen verlangen könnten. Eigentlich müsse der Hausruck vollkommen steuerfrei sein.

Abg. Uhden (L.) erklärt sich gleichfalls mit der Tendenz des Antrages Lender einverstanden, will aber daran die ganze Vorlage nicht scheitern lassen, was nach der Erklärung des Schatzsekretärs zu befürchten sei.

Abg. Holz (Hr.) ist gegen die Steuerermäßigung für den Hausruck, die großen Brenner hätten ebenso Opfer zu bringen, wie die kleinen. Auf der Verbrauchs-Abgabe basire ja das ganze Gesetz.

Abg. Singer (Hr.) erklärt sich für den freien Hausruck, obgleich man ihn als Waffe gegen die Sozialdemokratie bezeichnet habe, indem die kleinen Leute ihren Schnaps zu Hause trinken und in den Wirtschaftshäusern nicht der Verführung durch die Sozialdemokratie ausgesetzt sein würden. Der Antrag Lender sei auch von einem nationalen Gesichtspunkte aus anzunehmen, weil ein Haus, in welchem es nichts zu trinken gäbe, kein deutsches Haus sei (Heiterkeit).

Nachdem die Abgg. Schättgen und Lender (Hr.) ihrem Bedauern über die scharfe Stellungnahme des Schatzsekretärs Ausdruck gegeben, wird Artikel II. mit dem Antrage Lender unter Ablehnung des Antrages Witte angenommen.

Artikel III fest den Eingangszoll für Litöre auf 180 M. pro 100 Kilogramm fest, für die übrigen Branntweine in Fässern auf 125 M., in Flaschen, Krügen oder anderen Umschließungen auf 180 M.

Abg. Brömel spricht seine Befriedigung aus über die Ablehnung des einheitlichen Zollsatzes von 150 M. auf alle Branntweinsorten. Die von der Kommission auf Vorschlag der Freireinigen gemachte Unterscheidung zwischen Branntwein in Fässern und in Flaschen sei durchaus zutreffend. Nur hätte er gewünscht, daß die Kommission nicht so antipathisch den Vitoren entgegen getreten wäre. Denn es ist ein Brauch von Alters her: „Wer Sorgen hat, hat auch Vikör.“ (Heiterkeit). Es sei auch nicht so leicht zu entscheiden, welche Branntweine zu den Vikören zu rechnen seien. Es sei jedenfalls wünschenswerth, daß seitens des Bundesraths eine sichere Grundlage für diese Unterscheidung angegeben werde; namentlich sei es wichtig, ob Arrak, Cognac und Rum zu dem höheren oder niederen Zollsatze eingehen sollten.

Schatzsekretär Febr. v. Malzahn erwidert, daß Arrak, Cognac und Rum nicht zu den Vikören gehören sollten. Artikel III wird angenommen.

Abg. Dr. Barth (Hr.) befürwortet sodann eine von ihm beantragte Resolution auf vollständige Beseitigung der Material- und Materialsteuer. Es liege im allgemeinen Interesse, daß die verschiedenartige Methode der Besteuerung Platz mache der einheitlichen Methode der Verbrauchssteuer. Die Interessenten hätten deshalb an der Materialsteuer fest, weil sie für den Branntwein, der nicht zum direkten Konsum, sondern zu gewerblichen Zwecken bestimmt sei, diese zurückvergütet und bei der Ausfuhr eine Exportprämie bekämen. Aus den auch gegen die Zuderexportprämien sprechenden Gründen sei auch hier die doppelte Besteuerung ungewiss.

Abg. Dr. Buhl (nl.) findet die Resolution beachtenswerth für den Fall, daß den kleinen Brennern für die ihnen bei der Materialsteuer zufallenden Vergünstigungen bei Fortfall der Materialsteuer ein Ersatz gewährt werde, und auch die Reichskasse keinen Ausfall erleide. Aber in ihrem jetzigen Wortlaute sei die Resolution unannehmbar.

Abg. Dr. Barth erwidert, die Resolution beabsichtige durchaus nicht der Reichskasse Einnahmen zu entziehen. Eine Erhöhung der Konsumsteuer könne man sich ja vorbehalten, ebenso eine Schadloshaltung der kleinen Brenner. Es solle der Bundesrath nur darauf hingewiesen werden, daß die irrationelle Doppelbesteuerung mit ihren Kontrollschwierigkeiten und übrigen Unzweckmäßigkeiten aufgegeben werden soll. Deshalb könne auch Abg. Dr. Buhl dieser Resolution unbedenklich zustimmen.

Die Resolution Dr. Barth wird hierauf abgelehnt. In der dritten Beratung des Handelsvertrages mit Marokko bemerkt

Abg. Richter (Hr.): Ich möchte diese Beratung nicht vorübergehen lassen, ohne dem Sultan von Fez und Marokko meine besondere Anerkennung auszusprechen (Heiterkeit) für die verständ-

igen zoll- und wirtschaftspolitischen Ansichten, welche er in diesem Vertrag bekundet. Sie werden aus dem Vertrag entnommen haben, daß sich der Sultan verpflichtet, von allen im Sultanat eingeführten Waaren nicht mehr als 10 Prozent vom Werth an Zoll zu erheben. Ich kann bei diesem Vertrag nur bedauern, daß diese Stipulation nicht auf Gegenseitigkeit beruht, und daß nicht auch die deutsche Regierung dem Sultan gegenüber dieselbe Verpflichtung eingegangen ist. Wenn eine solche Bestimmung in dem Vertrag vorhanden wäre, so würde beispielsweise vom Getreide gegenwärtig höchstens 20 M. statt 50 M. Zoll erhoben werden. Angesichts des Vertrages möchte ich fast glauben, daß solche Sultane bessere Menschen sind als unsere deutschen Staatsmänner. (Heiterkeit.) Ich habe auch mit Genugthuung aus den Motiven entnommen, daß die Regierung sich besonders lebhaft verwendet hat, um die Ausführung von Getreide aus Marokko nach Deutschland zu erleichtern und daß diese Bestrebungen insofern von Erfolg gekrönt sind, als sich der Sultan verpflichtet hat, die Ausfuhrzölle auf Getreide aufzugeben oder doch zu beschränken. Aber das nützt doch nicht viel und heißt doch nur, Mühen, Kosten und Kameele verschleuden, wenn wir auf der anderen Seite die Eingangszölle nicht ermäßigen und nicht auch Einfuhrerleichterungen für Getreide von anderen Staaten schaffen. Auch die Verhandlungen mit Desterreich, soweit man davon erfahren hat, versprechen ja höchstens erst vom nächsten Jahre an eine Ermäßigung der Getreidezölle. Inzwischen steigen die Getreidepreise fortgesetzt, und auch wenn Marokko die Erwartungen noch so vollständig erfüllt, die in diesem Vertrag gehegt worden sind, so wird das nur wenig verlohnen gegenüber dem Mangel an Lebensmitteln, der uns droht, nachdem die Witterung so ungünstig in den letzten Monaten gewesen ist. Die Roggenpreise sind in Berlin während des ganzen April über 180 M. gewesen. Als im Jahre 1887 der Zoll auf den gegenwärtigen Betrag erhöht wurde, stellte bekanntlich ein freisonerativer Abgeordneter den Antrag, daß, im Falle 60 Tage hindurch die Roggenpreise eine solche Höhe erreicht hätten, dann von selbst die Roggenzölle ermäßigt werden sollten. (Vizepräsident Graf Ballerstein macht den Redner darauf aufmerksam, daß dies mit dem Handelsvertrag mit Marokko in sehr losem Zusammenhange stehe.) Eine weitere Vertiefung in diese Frage würde ja gewiß in diesem Augenblicke nicht angemessen sein. Ich meine nur, nachdem das Haus drei Stunden eine ganze Anzahl Reden angehört hat über die Wichtigkeit des steuerfreien Hausrucks für die Brenner, sollte man auch die erste Veranlassung nehmen, nachzuweisen, daß das zollfreie Brot für Millionen im deutschen Reich viel wichtiger ist als der steuerfreie Hausruck (Sehr wahr!) Ich erkenne an, daß ich auf diesen Gegenstand nicht weiter eingehen kann. Es würde ja angezeigt sein, angesichts der steigenden Brottheuerung darüber eine formelle Interpellation einzubringen. Indessen ich halte das nicht für erforderlich, da wir in den nächsten Tagen einen Nachtragsetat zu beraten haben, und ich beschränke mich daher auf die Ankündigung, daß ich bei der ersten Beratung dieses Nachtragssetats mir erlauben werde, an die Regierung die Anfrage zu stellen, welche zollpolitischen Maßnahmen sie beabsichtigt eintreten zu lassen, um der in beunruhigender Weise zunehmenden Vertheuerung von Getreide und Brot entgegenzutreten.

Der Handelsvertrag wird angenommen, ebenso in gleichfalls dritter Lesung das internationale Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr, sowie in erster und zweiter Lesung den Gesetzentwurf betreffend das Reichsgeldbuch.

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung Montag 12 Uhr (Nachtragsetat, Arbeiterzuschußgesetz). Schluß 3 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

80. Sitzung vom 2. Mai, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.) Die Beratung des Extraordinariums des Justizamts wird fortgesetzt.

Abg. Wisemann (Hr.) beklagt sich darüber, daß mit dem Neubau eines Gerichtsgebäudes in Wiesbaden noch nicht begonnen worden ist, trotzdem der Bauplatz bereits angekauft worden sei.

Das Extraordinarium wird darauf bewilligt, ebenso debattelos die Etats des Abgeordnetenhauses und Herrenhauses.

Es folgt der Etat der Ansiedelungskommission. Berichterstatter Abg. Conrad-Platow giebt eingehenden Bericht über die Ansiedelungsverhältnisse in Bosen und Westpreußen.

Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole) tadelt die Berichterstattung des Referenten insofern, als derselbe durch den Wunsch, daß die Ansiedelungskommission auch unter dem neuen Präsidenten in geordneter Weise weiter arbeiten möge, über seine Aufgabe als Referent hinausgegangen sei. Die Polen hielten das Gesetz nach wie vor für ein schädliches. Sowohl auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiete habe das Gesetz Fiasco gemacht. Durch die Vertheilung an den Substantationen greife der Staat in die Privatinteressen ein und schädige die letzteren. Daß das Resultat der Ansiedelungskommission ein geringes ist, beweise die Sucht, aus anderen Gebieten Ansiedler heranzuziehen. Durch den Zuzug fremder Elemente, mit dessen Förderung man über den Rahmen des Gesetzes hinausgegangen sei, werde der Friede der Bevölkerung oft gestört. Es handele sich bei der Ausführung des Gesetzes nicht bloß um eine Germanisirung, sondern auch um eine Evangelisirung (Widerspruch rechts). Ueber 600 evangelischen Ansiedler ständen nur 59 katholische gegenüber. Der Vertrag sei nach der Denkschrift selber gering, aber nicht bloß in materieller, sondern auch in politischer Beziehung. Habe das Gesetz dazu beigetragen, um die Gegensätze zwischen Polen und Deutschen zu beseitigen oder auch nur zu mildern? Im Gegentheil seien diese Gegensätze innerlich nur stärker geworden. Das Gebahren des Staates schädige die Polen moralisch, die Polen würden durch die Thätig-

keit des Staates in den Augen ihrer anderen Mitbürger moralisch degradirt. Redner richtet an die Regierung die Mahnung, zu beherzigen, daß das Gesetz, welches ein Gesetz des Unrechts sei, Unzufriedenheit stifte, die Staatskapitalien degradire und außerdem nicht verfassungsmäßig sei. Deshalb sei es wohl an der Zeit, daß die Staatsregierung sich überlege, ob nicht das Gesetz zu beseitigen sei. Würde die Regierung das wollen, die Parteien würden es auch wollen. (Widerspruch rechts). Dabei sei auch die Frage an den anwesenden Ministerpräsidenten berechtigt, ob die Staatsregierung noch auf demselben Boden stehe, wie der Ministerpräsident von 1886.

Ministerpräsident v. Caprivi: Die Regierung hat keineswegs die Absicht, die Provinz Bosen zu evangelisiren. Der Abgeordnete ist den Beweis dafür schuldig geblieben. Die Frage desselben, ob die Regierung gewillt sei, das Gesetz zu ändern, muß ich verneinen. (Beifall rechts.) Die Regierung kann die Ansicht nicht theilen, daß das Gesetz weder wirtschaftlich noch politisch gewirkt habe. Aber selbst wenn sie diese Ansicht theilte, würde sie nicht geneigt sein, zur Aufhebung des Gesetzes Schritte zu thun. Denn das ein so umfangreiches Gesetz in 5 Jahren keine Erfolge haben kann, die offen daliegen und sich Jedermann sichtbar werden. Die Staatsregierung will auch die Polen nicht los werden. Wir wollen mit ihnen gemeinsam leben, aber unter denjenigen Bedingungen, die das Wohl und die Erhaltung des preussischen Staates fördern. (Bravo!) Die Verhältnisse in der Provinz Bosen haben sich nicht so geändert im Laufe der 5 Jahre, daß die Regierung diejenigen Mittel, die sie damals für möglich gehalten, um die Zugehörigkeit der Provinz Bosen zum preussischen Staate zum Ausdruck zu bringen, aus der Hand giebt. Ich glaube nicht, daß in den letzten Jahren das germanische Element gegen das polnische in der Provinz Bosen vorgehritten ist. Im Allgemeinen ist von 1837-1887 eine Zunahme der Polen zu konstatiren gewesen, die auch gegenwärtig noch anhält, theils wegen des Zuzugs von Oden, theils wegen des größeren Kinderreichtums in polnischen Gegenden, und zugleich ist durch Hebung des inneren Werths der polnischen Bevölkerung ein Mittelstand in der Provinz Bosen entstanden, der eine kräftige Stütze des polnischen Elements bietet. Nun sind allerdings von polnischen Abgeordneten hier und da Aeußerungen laut geworden, die darauf schließen lassen, daß man polnischerseits gewillt sei, eine veränderte Haltung der preussischen Regierung gegenüber anzunehmen. Ob die Anschauung des Vorredners, daß der Standpunkt des Fürsten Bismarck haherregend gewesen sei, berechtigt war, muß ich ihm überlassen; auf die gegenwärtige Regierung trifft das aber nicht zu. Wir lassen die Polen nicht, wir sehen sie als Mitbürger an, schwierige zwar zu gewissen Zeiten, mit denen aber zusammen wirken zu können zum Besten des Reiches zu allen Zeiten uns eine Freude sein wird. Wir stehen auf dem Standpunkte des Ansiedelungsgesetzes, wir sind aber gewillt, die bestehenden Gesetze für Deutsche aus Polen gleichmäßig in Anwendung zu bringen.

Wenn nun polnischerseits der Wunsch laut geworden ist, sich der Regierung mehr zu nähern, so kann uns das ja recht sein, aber es ist natürlich, daß wir, als dieser überraschende Wunsch bei einer Reichstagsdebatte dadurch praktisch zum Ausdruck kam, daß die Polen entgegen ihrer früheren Haltung für die Heeresforderungen eintraten, uns die Frage vorlegten: Was mag der Grund sein? Wenn über 100 Jahre Deutsche und Polen gemeinsam in nichtfreundschaflichem Verhältnis gelebt haben, so war es von deutschem Standpunkt aus erklärlich, daß man diesen Umschwung überraschend fand. Man konnte meinen: Haben die Gesetze, über die die Polen so viel geklagt haben, Sprachengesetz, Gerichtsgesetz u. s. w. doch am Ende so rasch gewirkt, daß polnischerseits eine Nachgiebigkeit als Folge auftritt, oder halten sie die jetzige Regierung für so schwach, daß sie ihr etwas bieten zu können glauben, was sie der vorigen Regierung nicht zu bieten wagten? Die Staatsregierung hat keine dieser Auslegungen acceptirt, sondern ist auf den freundlichen Ton eingegangen. Es sind Zeiten dagewesen, wo wir Aehnliches gehört haben, und ich will nicht erinnern, was darauf folgte, um nicht alte Wunden aufzureißen, um nicht einen scharfen Ton in die Debatte zu bringen. Wir haben diesen sanfteren Ton gehört, der volle Glaube hat uns aber gefehlt. Gehen Sie nur voraus, wir kommen dann nach! Wir stehen auf dem Boden des Gesetzes und glauben einen sicheren Boden unter uns zu haben. Jetzt kommen nun polnische Mitbürger, die uns lange gegrollt haben, und winken uns: kommt her! Ja, wir sind zu vorsichtig, um den sicheren Boden zu verlassen und uns auf ein unbekanntes Terrain an der Hand der neuen Freunde zu begeben. Aber wir wollen die Polen nicht abweisen, wir sind in einzelnen kleinen Dingen nachgegeben. Gehen Sie weiter auf dem Wege der Veröhnung, so werden Sie es der Regierung möglich machen, weiter zu folgen. Sie machen uns ein freundliches Gesicht, das freut uns, aber Sie können nicht verlangen, daß wir Ihnen sofort um den Hals fallen. Wir machen wieder ein freundliches Gesicht. Wir werden Ihnen in dem Maße folgen, wie Sie uns vorangehen. Das Ansiedelungsgesetz aufzuheben, dazu sind die Motive des Wohlwollens, das uns von anderer Seite entgegengebracht wird, noch nicht gewichtig genug. (Beifall rechts und bei den Nationaliberalen.)

Abg. Seer (natl.) ist im Gegensatz zu dem polnischen Redner der Meinung, daß das Gesetz bis jetzt sehr günstige Wirkungen gehabt habe.

Abg. Richter (Hr.) hält es auch für unrichtig, daß die Regierung mit dem Gesetz Evangelisirungszwecke verfolge. Nach wie vor aber sei die freisinnige Partei der Meinung, daß das Gesetz ein politischer Fehler war. Der Ton auf der Seite der Polen und der Regierung zeige einen erfreulichen Fortschritt. Es gebe auch viele Konserervative, die die schädlichen Wirkungen des Gesetzes zugeben. Die Verheugung von Lehrern aus dem Oden nach dem Westen und umgekehrt habe eine ungünstige Wirkung gezeigt. Nach 5 Jahren könne sich allerdings noch keine Wirkung zeigen, aber das Deutschland sei nicht gestärkt worden. Vor Allem sei es erfreulich, daß der Ton zwischen Regierung und Polen hier ein



freundlicher geworden sei als zu Zeiten des Fürsten Bismarck. Möge der heutige Tag der Anfang der Versöhnung zwischen den zwei Brüdern sein. (Beifall links.)

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) erklärt, daß seine Partei im Großen und Ganzen auf demselben Standpunkte stehe wie 1886. Es handelte sich in diesem Gesetze nicht um eine aggressive, sondern um eine defensive Maßregel. Namentlich habe es gegolten, sich des in politischer Beziehung sich geltend machenden Einflusses der polnischen Geistlichen zu erwehren. Ein Gesetz, wie es das Anstufungsgesetz sei, könne seine Wirkung erst nach Generationen zeigen. Nach den bisherigen Erfolgen sei eine günstige Wirkung für die Zukunft nicht ausgeschlossen. Die Versöhnung zwischen Polen und Deutschen hänge von dem Verhalten der ersten ab.

Abg. v. Carliniski (Pole) erwidert dem Vorredner, daß das Verhalten der Polen zu keinem Tadel Veranlassung geben könne. Die Polen hätten die Verfassung beschworen und würden sie halten (Beifall), sie seien stets loyal gegen Land und Krone gewesen. Redner konstatiert mit Genugthuung den Ton der Rede des Ministerpräsidenten, welcher auch nicht jedes Entgegenkommen abgewiesen habe. Vor einer Versöhnung könne nicht die Rede sein, so lange das Anstufungsgesetz bestehe, welches weder verfassungsmäßig sei, noch dem Rechtsbewußtsein des Volkes entspreche. Der Stärkere müsse zuerst entgegenkommen. Das Mißtrauen gegen das Entgegenkommen der polnischen Abgeordneten sei völlig ungerechtfertigt.

Abg. v. Tiedemann (Bismarck) führt aus, daß die freikonservative Partei heute für das Gesetz ebenso eintrete wie 1886. Die Polen mögen auf die Versicherungen der Loyalität auch Thaten folgen lassen. Es sei erfreulich, daß der neueste Sprachenerlaß keinen Systemwechsel bedeute, aber er sei geeignet gewesen, die Deutschen zu beruhigen. Möge die Regierung sich durch das freundliche Gesicht der Polen nicht beeinflussen lassen.

Abg. Dr. von Jazdzewski erwidert, daß die Polen die Thaten schon längst haben folgen lassen durch ihre Loyalität. Gewiß habe die polnische Bevölkerung zugenommen, aber in erschreckendem Maße nehme jetzt die Auswanderung zu, welche eine Folge der schlechten Behandlung sei. Auf welche Weise sollen die Polen das Vorgehen dokumentieren? Zu verlangen, daß für alle Zeit auf die Wiederherstellung Polens verzichtet werde, sei ein Unding. Es genüge, daß die Polen sich entsprechend der Verfassung verhalten.

Abg. Sombart (natl.) spricht sich über die Ergebnisse der Anstufung in den polnischen Provinzen in befriedigtem Sinne aus. Der Etat wird darauf bewilligt.

Der Gesetzentwurf, betr. die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken wird in erster und zweiter Berathung angenommen.

Die Pensionsnovelle für die rheinischen Landgemeindegemeinden wird nach unerheblicher Debatte an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die zweite Berathung des Entwurfs einer Städteordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden.

§ 1-4 wurde unverändert angenommen.

Zu § 5 (Erwerb des Bürgerrechtes) stellt

Abg. Wichmann (dr.) den Antrag, die Voraussetzung des Besitzes eines Wohnhauses oder einer Veranlagung zur Staatseinkommensteuer von mindestens 4 Mark zu streichen.

Geb. Rath Salbey widerspricht diesem Antrage, welcher Zustände schaffe, wie sie in keinem anderen Gebiete beständen.

Abg. Dr. Grimm (natl.) tritt dem bei, da durch den Antrag ein Präjudiz geschaffen werde für die demnächst allgemein zu erlassende Städteordnung.

Abg. Zelle (dr.) erkennt die formelle Vorzüglichkeit des Gesetzes an. Der Grund, daß Nassau durch die Vorschläge des Abg. Wichmann bevorzugt würde, könne doch nicht stichhaltig sein. In Wiesbaden sei es um so weniger angebracht, das Bürgerrecht nach dem Censur zu bemessen, als dort indirekte Gemeindesteuern beständen, die von allen bezahlt werden.

Abg. Althaus (kons.) bittet um Ablehnung des Antrages, der den berechtigten Eigentümlichkeiten und der historischen Entwicklung der Wiesbadener Verhältnisse widerspreche.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird § 5 unter Ablehnung des Antrages Wichmann angenommen.

Zu § 17 (Stadterordnete) beantragt

Abg. Wichmann, auch die Elementarlehrer und richterlichen Beamten zum Stadterordnetenamt zuzulassen. Insbesondere die Elementarlehrer müßten zugelassen werden, da sie neben ihrem Schulamte oft zu allgemeinen kommunalen Zwecken verwendet werden.

Abg. Hergenhahn bittet um Ablehnung des Antrages, da die allgemeine Städteordnung diese Bestimmung nicht kenne.

Geb. Rath Salbey tritt dieser Auffassung bei.

Abg. Zelle meint, daß die Lehrer, soweit sie Kommunalbeamte seien, ja an und für sich vom Stadterordnetenamte ausgeschlossen seien. Es bedürfe deshalb einer besonderen Bestimmung für die Elementarlehrer nicht. Daß die richterlichen Beamten nach dem gegenwärtigen Gesetze ausgeschlossen seien, könne kein Grund sein, diese Bestimmung für gut zu halten.

§ 17 wird unter Ablehnung des Antrages Wichmann angenommen, ebenso debattelos §§ 18-24.

Zu § 25 (Wahlmodus) beantwortet

Abg. Wichmann den von ihm gestellten Antrag, die Wahlen zur Stadterordnetenversammlung in geheimer Abstimmung durch Stimmzettel vorzunehmen. Das geheime Wahlrecht sei ein Fortschritt gegenüber dem öffentlichen und gebe eine größere Gewähr für die Unbefangtheit der Wähler.

Abg. Dr. Grimm widerspricht diesem Antrage. Die geheime Wahl habe sich bei Kommunalwahlen nach seiner Erfahrung nicht bewährt.

Abg. Spahn erklärt im Namen seiner politischen Freunde, daß dieselben für den Antrag stimmen werden.

§ 25 wird darauf unter Ablehnung des Antrages Wichmann angenommen; ebenso debattelos §§ 26-32.

Zu § 33 (Bestätigung der Bürgermeister und Beigeordneten) stellt

Abg. Wichmann den Antrag, daß die Wahl der besoldeten Magistratsmitglieder einer Bestätigung nicht unterliegen soll.

Nach unerheblicher Debatte wird der Antrag abgelehnt und § 33 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen, ebenso §§ 34-51.

§ 52 bestimmt, daß durch Gemeindebeschluß, 1. die Entrichtung von Bürgerrechtsgeld bei Erwerb des Bürgerrechtes, 2. Einkaufsgeld anstatt oder neben einer jährlichen Abgabe für die Theilnahme an den Gemeindegewinnungen angeordnet werden kann.

Abg. Wichmann beantragt, § 52 zu streichen, da er einen Widerspruch zu dem ganzen Gesetze enthalte.

Geb. Rath Salbey erkennt einen solchen Widerspruch nicht an. Die Bestimmung entspreche den besonderen historisch entwickelten Verhältnissen des Regierungsbezirks Wiesbaden.

§ 52 wird entgegen dem Antrage Wichmann angenommen, ebenso §§ 53-65.

Zu § 66 (Pensionierung der besoldeten Magistratsmitglieder) erwidert auf eine Anfrage des Abg. Voithius

Geb. Rath Salbey, daß dieses Gesetz bezüglich der Pensionierung auch rückwirkende Kraft haben solle.

Abg. Dr. Grimm stellt den Antrag, die in diesem Jahre erlassene Novelle zum Pensionsgesetz für mittelbare Staatsbeamte auf die Kommunalbeamten auszudehnen.

§ 66 wird mit diesem Antrage angenommen, ebenso ohne wesentliche Debatte der Rest des Gesetzes.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Kultusetat.)

Schluß 4 Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 3. Mai.

Der Kaiser besichtigte am Sonnabend früh auf dem Bornstedter Felde bei Potsdam drei Bataillone des 1. Garde-Regiments. An der Uebung im Feuer nahmen das 1. Garde-Ulanen-Regiment und die Unteroffizierschule Theil. Zum Schluß erfolgte der Paradeaufmarsch.

Bei der dritten Berathung der Zuckersteuervorlage ist es der „Freis. Ztg.“ zufolge durchaus noch nicht ausgeschlossen, daß die Liebesgabe von 50 Millionen Mark, welche die Zentrumspartei angeboten hat (Antrag Drerter) noch eine Herabminderung erfährt. Eine Durchsicht der Liste der namentlichen Abstimmungen ergibt, daß zwar die Zuckerinteressenten bis auf den letzten Mann zur Stelle waren, in den Reihen der anderen Abgeordneten aber noch sehr starke Lücken sich zeigten, welche bis zur dritten Lesung ausgefüllt werden können. So fehlten allein von der Zentrumspartei nicht weniger als 34 Abgeordnete, darunter 13 bayerische Mitglieder. Und doch hatte es Abg. Drerter übernommen eine ausschlaggebende Stellung einzunehmen. Auch fehlten sehr viele Mitglieder der Sozialdemokratie. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ spricht die Befürchtung aus, daß, wenn die Interessenten jetzt ein Zustandekommen des Zuckersteuergesetzes verhindern, die Reichsregierung in der nächsten Session ihre Stärke auf der linken Seite suchen und z. B. einen Entwurf mit 16 Mark Konsumsteuer ohne Uebergangsstadium einbringen könnte. Die Interessenten, welche gut situierte Fabriken vertreten, könnten leicht das Risiko übernehmen, zur Zeit jede Aenderung zu verhindern, denn sie könnten selbst den unvermittelten Fortfall aller Prämien tragen. Ganz anders läge die Sache für die ungünstig situierten Fabriken in Schlesien, Posen und Preußen. Ihnen gewährten die festen Prämien der Uebergangszeit zum Theil mehr als die Materialsteuer. Wenn sie aus den Prämien von ihrem Aktienkapital erhebliche Abschreibungen machen könnten, so würden sie dem prämiellosen Zustand in einer besseren Verfassung gegenüberstehen. Die Vertreter der östlichen Landestheile handelten daher nicht klug, sich auf das gefährliche Risiko der strikten Negation einzulassen.

Aus Anlaß der Verlautbarung über die Dotation aus dem Welfenfonds an den Minister v. Boetticher soll, wie man sich, der „Freis. Ztg.“ zufolge, in parlamentarischen Kreisen erzählt, der Kaiser nicht bloß in dem bereits erwähnten Handschreiben an den Minister v. Boetticher, sondern auch in einem direkten Handschreiben an den Reichskanzler Fürsten Bismarck sich in scharfen Ausdrücken über das Verhalten des Fürsten Bismarck tadelnd ausgesprochen haben.

Fürst Bismarck kommt nicht in den Reichstags, wenigstens in diesem Sommer noch nicht. Die „Hamb. Nachr.“ beantwortet die betreffende Frage mit dem Hinweis auf eine Berliner Korrespondenz der „Bad. Landesztg.“, in der es heißt: „Es ist sehr wohl denkbar, daß die Verhältnisse, die dem Fürsten Bismarck für den Aufenthalt in Berlin unmöglich machen, binnen gewisser Zeit nicht mehr bestehen, und daß es ihm dann von Werth sein kann, ein Mandat zu besitzen, das ihn befähigt, in jedem Augenblicke im Reichstage zu erscheinen und das Wort zu ergreifen. . . Fürst Bismarck wird nicht sofort nach der Wahl nach Berlin gehen, um dort im Reichstage die Regierung entweder zu unterstützen oder zu bekämpfen, sondern er wird den geeigneten Zeitpunkt hierfür selbst ausfinden.“ — Daß auch die Wähler selbst einen Anspruch darauf haben, im Reichstage vertreten zu sein, kommt, wie man sieht, hierbei nicht in Erwägung. Fürst Bismarck behandelt das Reichstagsmandat also gewissermaßen wie eine Privatberechtigung, die man nach persönlichen Gründen gebrauchen oder ruhen lassen kann.

An der Stichwahl in Geestemünde hat nicht einmal die Hälfte der 32 000 Wahlberechtigten sich betheiligigt. Im Jahre 1890 siegte bei der Stichwahl der Nationalliberaler Gebhard mit 13 722 gegen 6255 Stimmen. Fürst Bismarck hat also 3178 Stimmen weniger erhalten, als sein nationalliberaler Vorgänger. Trotz aller Anstrengung ist es den Freunden des Fürsten Bismarck nur gelungen, die Zahl der Stimmen für ihn seit dem ersten Wahlgang von 7557 auf 10 544, also nur um 2987 zu erhöhen, obwohl über 12 000 Wahlberechtigte sich bei der ersten Wahl nicht betheiligigt hatten.

Geestemünde, 2. Mai. Der „Pöln. Ztg.“ wird von hier geschrieben: Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat Fürst Bismarck heute eine Abordnung des hiesigen nationalliberalen Wahlkomites äußerst freundlich empfangen und das Reichstagsmandat mit Dank für die erwiesene Ehre angenommen.

Hamburg, 2. Mai. Wie die „Hamburg. Börsen.“ erfährt, haben die derzeit in Berlin zwischen den Bechen und Hamburger Rhedern über die Erneuerung der Lieferungsverträge von westfälischer Hunkertohle nunmehr zu einem beide Theile befriedigenden Ergebnis geführt. Die westfälischen Bechen übernehmen wiederum den größeren Theil der Lieferungen für die Hamburger Rhederei.

Schwerin, 2. Mai. Im Interesse der Landwirtschaft erließ der Großherzog einen verschärften Befehl, daß im ganzen Domänegebiet außer in den eingefriedigten Gegenden das Schwarzwild vertilgt wird. Die Forstbeamten sind ausdrücklich verpflichtet, zu jeder Jahreszeit dem Schwarzwild nachzustellen und wenn notwendig, Jagden zu veranstalten. Für jedes auf dem Anstand erlegte Stück Schwarzwild ist eine Prämie ausgesetzt.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 3. Mai. Wie die Zeitungen melden, fanden in Droschaza und Bekerescaba in der Nähe von Segedin Unruhen statt. In Droschaza hatte der Oberstuhlführer am 1. Mai das Ausrücken einer Fahne sowie jede Zusammenkunft verboten. Das Verbot war dem Arbeiterverein schriftlich mitgeteilt worden; trotzdem wurde in Droschaza eine Fahne ausgestellt. In Bekerescaba sammelten sich über 1000 Arbeiter vor dem Stadthaus an und forderten die direkte Einhandlung des Verbotes der Arbeiterversammlungen. Der anwesende Kommissar sandte nach dem Oberstuhlführer, welcher sofort erschien und die Menge zu beruhigen versuchte. Die Arbeiter zerrten jedoch den Oberstuhlführer und den Kommissar zu Boden und verwundeten

Beide. Das zur Hilfe ersichtene Militär, welches von den Massen mit Steinwürfen empfangen wurde, rückte mit gefästem Bajonnet vor und zersprengte die Massen. Zwei Arbeiter und ein Soldat wurden verwundet, 20 Tumultuanten verhaftet. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

Die hiesigen Fabrikanten haben sämtliche Arbeiter, die ohne Genehmigung gefeuert haben, entlassen.

## Italien.

Rom, 2. Mai. Die am Justizpalast jenseits des Tibers beschäftigten Arbeiter begannen heute einen Ausstand. Die Arbeiter verlangten Herabminderung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes. Die Polizei zerstreute mit leichter Mühe mehrere Ansammlungen. Es sind Maßregeln zur Verhinderung weiterer Ansammlungen, sowie Einguges der Ausständigen in die Stadt getroffen worden. Der Befehl hierzu veranlaßte einen blinden Lärm und das Schließen mehrerer Läden.

Die Zahl der gestern hier Verhafteten beträgt etwa 200; dieselben werden sofort vor Gericht gestellt werden. Die Polizeimannschaften und das zur Herstellung der Ordnung mitwirkende Militär zählt 10 Verwundete, 1 Gensdarm erlag heute früh seinen Wunden. Von den Zivilpersonen, die an der Kundgebung theilnahmen, ist eine, die verwundet und in das St. Johannis-Krankenhaus gebracht war, gleichfalls in der Nacht verstorben. Heute zeigt die Stadt ihren gewohnten Anblick, alle Läden sind offen, überall herrscht Ruhe. Wie die „Tribuna“ aus Palermo meldet, hatte die dortige Universität das Verlangen der Studenten abgewiesen, ihnen einen Saal einzuräumen, in welchem morgen anläßlich des Arbeiterfestes eine Vorlesung über die soziale Frage gehalten werden sollte. In Folge dieser Ablehnung versammelten sich heute früh 400 Studierende, um gegen das Vorgehen des Rectors zu protestieren, und beschloßen, den Vorträgen nicht mehr beizuwohnen. Mehrere Schulbänke und Fenster Scheiben wurden zerstört.

## Frankreich.

Ueber die Arbeiter-Bewegungen in Frankreich liegen folgende Nachrichten vor:

Die Lage in Fourmies wird als sehr ernst geschildert. Gestern fanden verschiedene Zusammenrottungen statt; das Militär wurde von allen Seiten beschimpft. Nach den Blättern beträgt die Zahl der Todten 14, die der Verwundeten 40. Es sind bedeutende Truppenverfärgungen dort eingetroffen, da bei den Begräbnissen der Getödteten Exzesse befürchtet werden. Die Behörden beabsichtigen, das Begräbnis auf morgen zu verschieben. In Fourmies und Sains haben jetzt fast sämtliche Arbeiter die Arbeit eingestellt. Dem Vernehmen nach wird die Regierung in der Kammer heute wegen dieses Vorfalles interpellirt werden und die Anfrage beantworten. Nach den der Regierung zugegangenen Nachrichten hatten die in Fourmies streikenden Arbeiter andere nicht streikende Arbeiter an der Arbeit gezwungen zu hindern gesucht. — Als hierbei mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden, rottete sich die Menge zusammen, warf nach dem Unterpräfekten und dem Staatsanwalt mit Steinen und suchte sich der Person eines Offiziers von dem herbeigekommenen Militärkommando zu bemächtigen. Das Militär schritt darauf mit der Waffe ein. Die Municipalität erbat militärischen Schutz, der durch Absendung einer Abtheilung Artillerie gewährt wurde.

Paris, 2. Mai. Auf dem Plage der Republik und auf dem Eintrachtsplage wurden gestern Abend etwa 20 Personen verhaftet. Die Gesamtzahl aller gestern Verhafteten wird auf 250 geschätzt, von denen etwa 140 in Gewahrsam behalten wurden. Die Blätter konstatiren mit Bedauern, daß es einer verächtlichen geringen Anzahl anarchistischer Elemente gelungen sei, den im Allgemeinen ruhigen Verlauf des 1. Mai zu stören und ernste Zwischenfälle hervorzurufen. Es habe sich gezeigt, daß die von Bielen als übertrieben angesehenen Maßnahmen der Regierung absolut notwendig gewesen seien.

Das Zuchtpolizeigericht in Charleville verurtheilte den Sozialistenführer Clement der wegen Aufruhr verhaftet wurde, zu 2 Jahren Gefängnis. Als die Nachricht in den Werkstätten von St. Quentin bekannt wurde rief dieselbe eine lebhaftere Erregung hervor. Viele Arbeiter zogen nach zwei Werken, zwangen die dort Arbeitenden, die Arbeit niederzulegen und zertümmerten die Thüren, Fenster und Gaslampen.

Bei den in der Nähe der Arbeiterbörse in Lyon stattgehabten Straßenkumgehungen kam es zu wiederholten Zusammenstößen zwischen der Menge, aus deren Mitte einige Revolvergeschosse abgefeuert wurden, und einer einschreitenden Abtheilung Kavallerie. Von letzteren wurden zwei leicht verwundet. Die Zahl der im Laufe des gestrigen Tages verhafteten Personen beträgt etwa 60, von dem Polizeipersonal und den Soldaten wurden 10 leicht verwundet.

## Belgien.

Brüssel, 3. Mai. Die Führer der Arbeiter beschloßen im Einvernehmen mit den Führern der Progressiven sich in die Arbeiter-Zentren zu begeben und ihren Einfluß geltend zu machen, um den Ausbruch eines Streikes zu verhindern. Man verspricht sich davon guten Erfolg.

Im ganzen Grubenbassin von Charleroi wurde gestern gefeuert. Gegen 30 000 Bergleute und mehr als 4000 Eisenarbeiter sind nicht zur Arbeit gekommen. Die Direktion der Ruedelwerke von Marais zu Montigny, welche 400 Arbeiter beschäftigt, zeigt an, daß sie ihre Werkstätten geschlossen habe. Man besorgt, daß am Montag der Streik auf einer größeren Zahl von Kohlengruben ausbrechen werde.

Eine große Anzahl der Bergleute des Lütticher Beckens haben sich heute Morgen nicht zur Arbeit eingestellt. Auf der Kohlengrube Horkoz wurde ein Einschreiten der Gendarmen erforderlich, wobei einige Verwundungen vorkamen. Die streikenden Bergarbeiter versuchten ihre arbeitenden Gefährten zu verhindern, in die Grube hinaufzusteigen. Die Gendarmen, welche die Arbeiter beschützen sollten, wurden mit tobendem Lärm und Steinwürfen empfangen. Mehrere derselben wurden verletzt. Der Lieutenant der Gendarmerie befahl zu feuern und machte zwei Angriffe auf die Aufrührer, wobei einige der Streikenden verwundet und 11 verhaftet wurden. Die Menge suchte die Gefangenen zu befreien und da die Gendarmen unfähig waren weiteren Widerstand zu leisten, wurden Trippen von Lüttich requirirt. Eine Kompanie Infanterie ist nach Ailleur abgegangen. Die gefangenen Streikenden wurden von Vancliers nach Lüttich eskortirt. In mehreren industriellen Ortschaften der Umgebung von Lüttich ist der Belagerungsstand verhängt worden. In Horkoz wurden die Telephondrähte durchschnitten.

Nach der Umgebung des Kohlenbergwerks Saint Nicolas ist eine Kompanie Infanterie abgeandt, auch verschiedene andere Punkte wurden militärisch besetzt.

In dem Kohlenwerk von Grand-Hornu kam es ebenfalls zu einem Zusammenstoß zwischen Gendarmen und Bergleuten, welche mit Gewalt in die Bureauz eindringen wollten. Die Gendarmen gaben Feuer und verwundeten zwei Arbeiter.

Die Arbeiter der Eisen- und Stahlwerke von Seraing haben beschloßen, sofort den allgemeinen Streik einzutreten zu lassen, Unter den Bergwerksarbeitern giebt sich eine große Erregung gegen den Generalrath der Arbeiterpartei kund wegen des fortwährenden Hinausschiebens des allgemeinen Streiks. Zwischen streikenden Bergarbeitern in Seraing, die die weiter-



arbeitenden Genossen an der Arbeit verhindern wollten, und Gendarmen kam es gestern zu einem Zusammenstoß. Die Gendarmen, welche mit einem Steinhaufen überschüttet wurden, waren genötigt von ihren Waffen Gebrauch zu machen, wobei mehrere der Streikenden verwundet wurden, 15 Personen wurden verhaftet, Militär ist von Lüttich nach Seraing abgegangen.

### Nordamerika.

**New York, 1. Mai.** Heute haben gegen 5 bis 6000 Grubenarbeiter aus dem Distrikt von Pittsburg die Arbeit niedergelegt, da ihr bisheriger Lohn mit dem gestrigen Tage abgelaufen war; mit der Frage des Achtstundentages hängt der Ausstand nicht zusammen. Der größte Theil der Bergarbeiter in Ohio hat die Arbeit bis zur endgiltigen Entscheidung der Arbeitgeber auf ihre Forderung niedergelegt. Die Arbeiter verlangen Arbeit bis zum 1. Mai 1892 und dieselben Löhne wie im vergangenen Jahre. In Indiana haben 3000 Bergarbeiter den Ausstand begonnen. Ein Telegramm aus Dago (Illinois) besagt, der Streik in dieser Gegend dauere fort. Seitens der Ausständigen verlange man die Ausführung des Gesetzes betreffend den Achtstundentag und die allwöchentliche Einzahlung von 15 Cents in die Streikkasse. Vor Bewilligung dieser Forderungen solle die Arbeit nicht aufgenommen werden.

### lokales.

**Posen, den 4. Mai.**

**β. Handelskammer-Sitzung.** Aus dem Ergebnis der am 27. v. Mts. stattgehabten Sitzung der diesigen Handelskammer vermerten wir Folgendes: Die Wünsche, Anträge und Beschwerden des Spiritushandels und der Spiritusindustrie betreffend die Ausführungs-Bestimmungen zum Branntweinsteuergesetz sollen in einer baldigst abzuhaltenden Sachverständigen-Sitzung festgestellt und der Kammer unterbreitet werden. — Die Beschränkung der Oktoberjahrmärkte in der Provinz, die in Rücksicht auf landwirtschaftliche Interessen erwoogen wird, giebt vom Standpunkte des befreilichten Handels aus Anlaß zu allerlei Bedenken. Die Oktoberjahrmärkte sind die einzigen in der Provinz, die von einem kaufslustigen und einigermaßen kaufkräftigen Publikum besucht werden. Um die Zeit der Ernte ist die landwirtschaftliche Arbeiterbevölkerung bei Mitteln und genötigt, den Winterbedarf zu besorgen. Fallen die Oktobermärkte weg, werden sie in eine viel spätere Zeit verlegt, so ist die Befürchtung nicht abzulehnen, daß dann diese Mittel diesem nützlichen Zwecke nicht mehr dienlich gemacht werden können, weil sie inzwischen aufgebraucht sein dürften. Da aber die Ernte in der Provinz selten vor Mitte Oktober beendet zu sein pflegt, so besteht kein Bedenken gegen die Verlegung der Märkte auf die zweite Hälfte des Monats Oktober. — Ueber die Fernsprechverbindungen Posens mit Berlin soll, nachdem eine Gewährleistung von etwa 9000 M. jährlich aufgebracht worden ist, mit der Kaiserl. Oberpostdirektion hier weiter verhandelt werden unter der Bedingung, daß die gewährleistenden Einzelbeträge erst dann endgiltig in Anspruch genommen werden, wenn sich nach Ablauf der fünf ersten Betriebsjahre ergibt, daß die Einnahmen hinter dem gewährleisteten Gesamtbetrage zurückbleiben. — Ueber die von Seiten der Regierung in Erwägung genommene Ermäßigung der Getreide- und Viehtarife für Sendungen aus dem Osten nach dem Westen wird die Verkehrs-Kommission unter Zuziehung von Vertretern der Mülerei und des Viehhandels in Verathung treten. — Beim Artikel „Malz“ macht sich im Eisenbahn-Direktions-Bezirk Bromberg das Bedürfnis der Detarifizierung geltend. Jetzt wird „Malz“ dort nach Spezialtarif I gefahren, während anderwärts der Artikel in den Getreide-Ausnahmetarifen aufgenommen ist, gleich den Mühlenfabrikaten und Säulensrüchen. Da beim Rückgange des Brauwereins ein weiteres Wachsen des Bierverbrauchs und damit der Verarbeitung von Gerste zu Malz sicher zu erwarten steht, so dürfte ein Antrag, Malz in den Getreide-Ausnahme-Tarife aufzunehmen, auch auf Unterstützung durch die landwirtschaftlichen Mitglieder des Eisenbahnrathes zu zählen haben. Der Vertreter der Kammer auf dem Bromberger Eisenbahnrathe wird diesen Antrag stellen. — Ueber die Beförderung von Knochen u. s. f. sind neuerdings Bestimmungen erlassen worden, welche den zu großer Bedeutung gelangten Handel mit Knochen und anderen thierischen Abfällen zu erschweren geeignet sind. Die Vertreter der Kammer bei den Eisenbahnräthen zu Berlin, Bromberg und Breslau werden die Wiederaufhebung dieser Erschwerungen beantragen. — Die Börsensaal-Angelegenheit wurde vertagt.

**b. Waifeier.** Etwa 100 Sozialdemokraten hatten sich gestern Nachmittag auf dem Bernhardsplatz versammelt, um Punkt 3 Uhr in geschlossenem Zuge einen gemeinschaftlichen Ausflug nach dem Viktoria-Park an der Schwabstraße zu machen, als Demonstration für die sozialdemokratische Forderung des achtstündigen Normal-Arbeitstages. Als die Arbeiter das Thor der Stadt passiert hatten, stimmten sie Lieder an, zuerst die Arbeiter-Marfchallie, dann andere deutsche oder polnische Lieder, u. A. auch „Freiheit, die ich meine“. Einige Frauen und eine Zahl von nicht zum Zuge gehörenden jungen Männern begleiteten denselben hinaus, während einige der Demonstranten, als sie den Garten betraten, ihre Familien bereits beim Kaffee sitzen fanden. Die größere Zahl der Sozialdemokraten schien unverheiratet zu sein. Im Viktoria-Park, wo Polizeibeamte anwesend waren, wurden dann auch noch einige Lieder gesungen und ein „Festblatt“ zum 1. Mai verteilt. Um 7 1/2 Uhr wurde der Rückmarsch nach der Stadt angetreten. Am den Schwab waren gestern Vormittag bereits mehrere Gendarmen zusammengezogen, auch Herr Polizeidirektor v. Matusius und den Distriktskommissarius sah man bereits Vormittags draußen. Wie wir hörten, sollte den Sozialdemokraten der Zutritt zu den Spielplätzen des Waldes gegebenes Falles gewährt werden; die Sozialdemokraten blieben indes im Viktoria-Park und zogen nicht nach dem Schwab.

### Telegraphische Nachrichten.

**Geestemünde, 2. Mai.** Reichstagsstichwahl. Nach dem nunmehr vorliegenden Gesamtresultat sind für den Fürsten Bismarck 10 544, für Schmalfeld 5486 Stimmen abgegeben worden.

**Hamburg, 3. Mai.** Am dem Festzuge der Arbeiter nach Horn nahmen nahezu 30 000 Personen theil; die Aufstellung und Entwicklung des Zuges, der von 10 Musikcorps begleitet war, erfolgte in größter Ordnung, der Abmarsch dauerte 2 Stunden. Die Bahnenfelder Festlichkeiten waren, weil sich die Altonaer zumeist dem Hamburger Zuge anschlossen, wenig besucht. 500 Schutzleute waren aufgestellt, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, was ohne Schwierigkeit gelang.

**Wien, 3. Mai.** Heute Vormittag 11 Uhr fand die letzte Sitzung der Delegirten zu den deutsch-österreichischen Handelsvertrags-Verhandlungen statt, in welcher der Vertrag paraphirt wurde. Der Vorsitzende, Minister v. Szogyenyi,

hob in kurzer Ansprache die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Vertrags hervor und dankte sämtlichen Theilnehmern für ihre unermüdete Mitwirkung. Der Generalkonful Jordan dankte Namens der deutschen Delegirten.

**Paris, 3. Mai.** Die Regierung verbot die Beisezung des Prinzen Jerome Napoleon auf Korsika.

**Barcelona, 3. Mai.** Gestern Abend fanden 5 Explosionen durch Petarden statt, welche erheblichen Schaden anrichteten, und große Aufregung verursachten. Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

**London, 3. Mai.** Etwa 60 000 Arbeiter waren heute im Hyde-Park zu einer Kundgebung versammelt, bei welcher die Führer Cunningham, Graham, Mann, Tillett und Burns Reden hielten. Es wurde eine Resolution zu Gunsten einer internationalen Gesetzgebung betreffend den Achtstundentag gefaßt. Andere Demonstrationen im Hyde-Park hatten einen mehr revolutionären Charakter, ohne daß indessen irgendwie die Ruhe gestört worden wäre.

**Athen, 3. Mai.** Hiesige Blätter berichten von Ruhestörungen auf Zante, welche Anlässlich der Charfreitagsprozession sich gegen die jüdischen Einwohner richteten. Zur Herstellung der Ruhe mußten die Truppen von ihren Waffen Gebrauch machen. Das Panzerschiff „Mialis“ wurde nach Zante entsandt.

**Montreal, 3. Mai.** Der Expreszug der Canadischen Pacificbahn legte von Vancouver mit Reisenden des Dampfers „Empress of India“, die auf einer Rundreise um die Welt begriffen waren, die 3900 Seemeilen lange Strecke in 3 Tagen 17 Stunden zurück. Die bisherige Dauer der Reise betrug 6 1/2 bis 7 Tage. Die Reisedauer von Yokohama nach Montreal dauert jetzt genau 2 Wochen. Drei der Reisenden werden den Cunarddampfer in Newyork erreichen und in London am 10. Mai, mithin nur 3 Wochen nach der Abreise von Yokohama, eintreffen. Die Canadische Pacificbahn befördert zukünftig die nach und von Japan und China bestimmte britische Post mit obiger Beschleunigung.

**St. Johns (Neufundland), 3. Mai.** Die schwedische Bark „Pelga“ scheiterte in der vergangenen Nacht während dicken Nebels bei den Renew Islands. Von der aus 12 Personen bestehenden Besatzung fanden 11 in den Wellen den Tod.

**Hamburg, 2. Mai.** Der Postdampfer „Columbia“ der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktien-Gesellschaft ist heute Mittag 1 Uhr von Southampton nach Newyork abgegangen.

**Hamburg, 3. Mai.** Der Postdampfer „Normanna“ der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktien-Gesellschaft ist, von Hamburg kommend, gestern Nachmittag 4 Uhr in Newyork eingetroffen.

### Angekommene Fremde.

**Posen, 4. Mai.**

**Hotel de Rome.** — F. Westphal & Co. Die Rittergutsbesitzer Jaeger aus Witowice, Schmidt aus Wonsowo, Pilaski aus Warchau, Pilaski aus Breslau, Rittermeister Kosak aus Cassel, Brauereibesitzer Habel aus Grätz, die Kaufleute Sundermann, Liebert, Alexander, Hamburger, Rosenblüt, Hoff und Kobzdeutscher aus Berlin, Keils, Kehler und Acheles aus Bremen, Thiele und Lange aus Leipzig, Stratan aus Bielefeld, van Lauden aus Haarlem, Frieze aus Wladau, Di Bois aus Frankfurt a. M., Rosenthal aus Lübeck, Koeppel, Heining und Vevilaqua aus Breslau, Liebler aus München, Tabel aus Gera.

**Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer).** Die Rittergutsbesitzer v. Dziembowski aus Schloß Mejeritz, Frau Dr. Lewald und Gesellschafterin aus Schloß Katherin, I. Bürgermeister Bräse aus Bromberg, Oberförster Dreger und Frau aus Grimberg, Gerichtsassessor Dr. Schubert und Frau aus Berlin, Lieutenant Richter aus Berlin, Kreisbauinspektor Keitter und Frau aus Schlawe in Pommern, die Rechtsanwälte Aronjohn und Padscher aus Berlin, Rosenthal aus Kreuzburg, Rentiere Frau Schneider aus Berlin, die Privatiers Padscher und Frau und Frau Schubert aus Berlin, Schmidt aus Wolgast, Ziegelbesitzer Marowsty aus Bromberg, die Fabrikbesitzer Schacher aus Charlottenbrunn, Arndt aus Kreuzburg, die Kaufleute Zamory und Frau, Bethge, Hermann, Veder und Margarinski aus Berlin, Neugebauer und Neumann aus Breslau, Seeman aus Oldenburg, Schäfer aus Erfurt, Kumide aus Heilbronn, Morgenstern aus Nürnberg.

**Theodor Jahns Hotel garni.** Direktor Lenzler aus Würzburg, die Kaufleute Herrmann und Behrendt aus Berlin, Edelst aus Haynau, Drzyzko aus Reichenbach, Dworoger aus Ratibor, Otto aus Osnabrück, Golinski aus Breslau.

**Stern's Hotel de l'Europe.** Die Kaufleute Eifenhardt, Albert Mayer, Wolff Mayer, Frau Bertha Mayer nebst Töchter, M. Meyer und Frau, W. Mayer und Frau, E. May und Frau, Magnus und Frau, Werthauer und Frau, Hugo May, Cohn, Wattenstein und Rath aus Berlin, Gielzinski und Sohn aus Danzig, Lieutenant Kiesel aus Schweidnitz.

**Keiler's Hotel zum Englischen Hof.** Die Kaufleute Fürst, Kwilecki mit Frau, Michalowicz und Clavier aus Berlin, Lewinski aus Breslau, Braun aus Posen, Rauch mit Frau aus Pölo, Bod und Klotz aus Konin, Boas aus Breichen, Kaphan aus Schroda und Kaphan aus Wiloslaw, Fräulein Binkus aus Königsberg.

**J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“** vormals Langner's Hotel. Die Kaufleute Simonjon aus Berlin, Wellinski aus Fraustadt, Krotkiewicz, Jablonski, Blasewitz u. Kaprocki aus Slupce, Brzajka aus Stralkowo, Klempermeister Wildgans aus Lissa, Glodenleber Andres aus Apolda, Gutsbesitzer Erdmann aus Samter.

**Hotel Bellevue (H. Goldbach).** Frau Gaul mit Kindern aus Kultschin i. Oberschl., Inspektor Mittelstaedt aus Brodowa, die Kaufleute Schubert, Landsberger, Helbig, Schmidt u. Lebnert aus Berlin, Gautier und Böhme aus Breslau, Baum aus Kuschlin, Mayer aus Mainz, Lindenberger aus Frankfurt a. M., Brinkmann und Voigtmann aus Leipzig, Vode aus Bremen, Cohn mit Frau aus Breichen und Fr. Sander aus Opalenitz.

**Hotel Concordia am Bahnhof — P. Röhr.** Die Kaufleute Heilbron, Bluta, Horn, Schulz, Abraham, Strojcki und Wahrenbramm aus Breslau, Seifert aus Kastenau, Giazynski aus Pleschen, Fischer aus Jordan, Gutsch aus Neu-Labischin, Grunbach, Ritter und Kelschinski aus Berlin, Samilski aus Krafau, Fischer aus Stettin, Richter aus Samter und Lewy aus Birnbaum, die Ingenieur Holzki aus Bromberg und Weiß aus Breslau, Gutsbesitzer Merzner aus Warchau und Gärtner Miadowicz aus Dlubno.

**Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“.** Die Kaufleute Kabout u. Schramm aus Breslau, v. Zanten aus Harlem, Schelter und Plage aus Berlin, Ue aus Czarnikau, Techniker Semiger aus

Schrimm, Rentier Beied aus Konis, Schriftfeger Mowe aus Schneidemühl, Fabrikbesitzer Kaulicke aus Snowrazlaw, Dr. med. Binemann aus Landeck, Drainetischer Epiber aus Gnesen, Kaufmann Kammer aus Thorn.

**Hotel de Berlin (W. Kamienski).** Die Kaufleute Stiller aus Warchau, Ehrhardt aus München, Friebländer und Bräse aus Berlin, Fische aus Wollstein, die Rittergutsbesitzer v. Maiewski aus Kobylec und Dr. v. Chelmicki aus Zyrowo, die Agronome Müller aus Dobrojewo und Hubert aus Grabowo, Verwalter Wolnicki aus Dobrojewo, Rentant Stasiewicz aus Swilcz, Frau Grygomicz aus Wogrowitz.

### Marktberichte.

**Bromberg, 2. Mai.** Amtlicher Bericht der Handelskammer. Weizen: 216—228 Mk., geringe Qualität 195—215 Mk., feinstes über Notiz. — Roggen: 174—184 Mk., geringe Qualität 155—173 Mk. — Hafer nach Qualität 145—156 Mk. — Gerste 140—149 Mk., Brauereierweizen 150—158 Mk. — Roggerbren 152—160 Mk., Futtererbsen 140—150 Mk. — Wicken 100—110 Mk. — Spiritus 50er Konsum 70,25 Mk., 70er 50,25 Mk. Marktpreise zu Breslau am 2. Mai.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notirungs-Kommission.	gute		mittlere		gering. Ware.	
	Höchster drigt. M. Pf.	Niedrigster drigt. M. Pf.	Höchster drigt. M. Pf.	Niedrigster drigt. M. Pf.	Höchster drigt. M. Pf.	Niedrigster drigt. M. Pf.
Weizen, weißer	23 10	22 90	22 50	22 —	21 50	21 —
Weizen, gelber	23 —	22 80	22 50	22 —	21 50	21 —
Roggen	19 80	19 50	19 30	19 10	18 60	18 10
Gerste	16 90	16 20	15 30	14 80	14 20	13 20
Hafer	16 80	16 60	16 40	16 20	16 —	15 80
Erbsen	16 80	16 30	15 80	15 30	14 30	13 80

**Breslau, 2. Mai.** Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht. Roggen per 1000 Kilogramm — Get. — Chr. abgelaufene Kündigungsscheine. — Per Mai 197,00 Gd., Mai-Juni 197,00 Gd., Juni-Juli 197,00 Gd., Juli-August 192,00 Gd., September-Oktober 184,00 Gd. — Hafer (per 1000 Kilogr.) — Per Mai 168,00 Gd., Mai-Juni 168,00 Gd. — Rüböl (per 100 Kilogramm) — Per Mai 63,00 Br., September-Oktober 66,00 Br. — Spiritus (per 100 Liter à 100 Proz.) excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe, gefündigt — Liter. Per Mai (50er) 69,20 Gd., (70er) 49,40 Gd., Mai-Juni 49,60 Gd., Juni-Juli 50,30 Gd., Juli-August 50,60 Gd., August-September 50,60 Gd. — Bink. Ohne Umlaß. Die Börsenkommission.

### Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Mai 1891.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 66 m Seehöhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cel. Grad.
2. Nachm. 2	752,5	SW stark	zieml. heiter	+23,6
2. Abends 9	750,8	S leicht	zieml. heiter	+18,5
3. Morgs. 7	751,3	N mäßig	bedeckt	+16,4
3. Nachm. 2	753,3	SW mäßig	trübe	+18,5
3. Abends 9	755,3	N mäßig	halbbetter	+17,3
4. Morgs. 7	757,9	=	trübe	+9,4

1) Abends Wetterleuchten. 2) Vormittags Regen.  
Am 2. Mai Wärme-Maximum +24,2° Cels.  
Am 2. = Wärme-Minimum +13,4° =  
Am 3. = Wärme-Maximum +19,5° =  
Am 3. = Wärme-Minimum +12,0° =

### Wasserstand der Warthe.

Posen, am	2. Mai	Mittags	2,00 Meter.
=	3.	Morgens	1,92
=	4.	Morgens	1,86

### Generalprobe zum „Jofua“ Montag 7 Uhr, Lambert's Saal.

### Telegraphische Börsenberichte.

#### Fonds-Kurse.

**Breslau, 2. Mai.** Fest. 3 1/2% ige L.-Randbriefe 97,50, 4% ige ungarische Goldrente 92,00, Konsolidirte Türken 18,75, Türkische Loose 75,50, Breslauer Diskontobank 105,00, Breslauer Wechselbank 103,00, Schlesischer Bankverein 118,75, Kreditaktien 165,00, Donnermarschhütte 81,50, Oberschles. Eisenbahn 68,25, Oppelner Zement 93,50, Kramta 124,75, Verein. Defabr. 106,00, Oesterreichische Banknoten 174,60, Russische Banknoten 245,50.

Schles. Zinkaktien 192,00, Oberschles. Portland-Zement 109,00, Archimedes —, Rattomitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 122,90, Hütten Maschinenbau 108,50. 4% prozent. Obligationen der Oberschlesischen Eisen-Industrie-Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb in Gleiwitz 101,00. Schlesische Dampfschiffskompanie 108,00. Neue 3proz. Reichsanleihe 85,65.

**Frankfurt a. M., 2. Mai.** (Schluß). Banken schwachend. Lond. Wechsel 20,45, 4proz. Reichsanleihe 105,95, 3proz. —, österr. Silberrente 80,75, 4proz. Papierrente 81,00, do. 5proz. 88,80, do. 4proz. Goldrente 96,80, 1860er Loose 126,40, 4proz. ungar. Goldrente 91,80, Italiener 92,90, 1880er Russen 99,40, 2. Orientanl. 76,30, 3. Orientanl. 76,60, unifiz. Egypter 89,00, 3 1/2% proz. Egypter 93,40, lomb. Türken 18,55, 4proz. türk. Anl. 83,00, 3proz. portug. Anl. 52,60, 5proz. serb. Rente 90,90, 5proz. amort. Rumänier 99,90, 6proz. kons. Mexik. 88,20, Böhm. Westb. 316 1/2, Böhm. Nordbahn 173 1/2, Zentral-Pacifik 107,40, Franzosen 223 1/2, Galizier 191, Gotthardbahn 149,20, Gess. Ludwigsb. 115,60, Lombarden 98 1/2, Lübeck-Büchse 166,80, Nordwestb. 185, Kreditakt. 261 1/2, Darmstädter 152,20, Mitteld. Kredit 103,80, Reichsb. 143,20, Diskonto-Kommandit 192,10, Dresdner Bank 144,70, Pariser Wechsel 80,916, Wiener Wechsel 174,15, serbische Tabakrente 90,70, 4proz. Spanier 75,70.

Coul. Bergwerksaktien 93,00, Privatdiskont 2 1/2% Proz. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 261 1/2, Franzosen 223 1/2, Galizier —, Lombarden 99 1/2, Egypter —, Diskonto-Kommandit 191,50, Laurahütte —.

Die internationale Bau- und Eisenbahnbau-Gesellschaft setzte die Dividende pro 1890 für Stamm- und Prioritätsaktien auf 8 Prozent (gegen 7 Prozent im Vorjahr) fest.

**Wien, 2. Mai.** Abendbörse. Ungarische Kreditaktien 346,50, österr. Kreditaktien 302,12 1/2, Franzosen 257,50, Lombarden 115,90, Galizier 220,00, Nordwestbahn —, Elbethalbahn 225,75, österr. Papierrente 92,75, do. Goldrente 110,70, 5proz. ungar. Papierrente 101,50, 4proz. do. Goldrente 105,50, Marknoten 57,35, Napoleons 9,29, Bankverein 113,75, Tabakaktien 161,00, Alpine Montan 96,75, Unionbank 240,25, Länderbank 217,80.

**Paris, 2. Mai.** (Schluß). 3% am. Rente 94,60, 4 1/2% proz. Anl. 104,75, Ital. 5% Rente 93,45, österr. Goldrente 96 1/2, 4% ungar. Goldr. 92,80, 3. Orient-Anl. 77,75, 4proz. Russen 1889 —, Egypter 496,87, lombert. Türken 18,65, Türkenloose 74,00, Lombarden 268,75, do. Prioritäten 332,50, Banque Ottomane 596,00, Panama 5proz. Obligat. 28,75, Rio Tinto 581,25, Tabakaktien —, Neue 3proz. Rente 93,05. Watt.



Buenos-Ayres, 1. Mai. Goldagio 256.00.  
Rio de Janeiro, 1. Mai. Wechsel auf London 17 1/2.

Produkten-Kurse.

Röln, 2. Mai. Getreidemarkt. Weizen hiesiger Loto 25,00  
do. fremder Loto 25,00, per Mai 24,55, per Juli 24,50. Roggen  
hiesiger Loto 21,00, fremder Loto 21,75, per Mai 20,45, per Juli  
20,40. Hafer hiesiger Loto 18,00, fremder 18,50. Rüböl Loto 65,50,  
per Mai 64,90, per Oktober 66,50.

Gamburg, 2. Mai. Getreidemarkt. Weizen Loto fest,  
holsteinischer Loto neuer 225-236. Roggen Loto fest, medlen-  
burger Loto neuer 200-208, ruffisch, 154-158. Hafer  
fest. - Gerste fest. - Rüböl (unverz.) fest, Loto 63,00. - Spiritus  
schwach, per Mai-Juni 35 1/2 Br., per Juni-Juli 35 1/2 Br., per Juli-  
August 36 1/2 Br., per Sept.-Oktober 37 Br. Kaffee ruhig, fest.  
Umsatz 1500 Sack. - Petroleum fester, Standard white Loto 6,45  
Br., per August-Dezbr. 6,70 Br. - Wetter: Bedeckt, warm.

Gamburg, 2. Mai. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good  
average Santos per Mai 86 1/4, per September 82 1/4, per Dezbr.  
74 1/2, per März 72 1/2. Behauptet.

Gamburg, 2. Mai. Zuckermarkt (Nachmittagsbericht.) Rüben-  
zucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Uance, frei  
am Bord Hamburg per Mai 13,50, per August 13,70, per  
Oktober 12,67 1/2, per Dezember 12,55. Fest.

Bremen, 2. Mai. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard  
white Loto 6,40 Br. Fest.

Aktien des Norddeutschen Lloyd 120 Gd.  
Norddeutsche W. K. K. - Br.

Wien, 2. Mai. Produktenmarkt. Weizen Loto steigend, per  
Mai-Juni 9,78 Gd., 9,80 Br., per Herbst 9,32 Gd., 9,34 Br.  
Hafer per Herbst 6,27 Gd., 6,29 Br. - Mais per Mai-Juni 1891  
6,78 Gd., 6,80 Br., per Juli-August 6,98 Gd., 7,07 Br. - Kohl-  
raps per August-September 16 1/2 Gd., 17,00 Br. - Wetter:  
Brachmetter.

Paris, 2. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen  
ruhig, per Mai 30,50, per Juni 30,10, per Juli-August 29,50,  
per September-Dezbr. 29,20. - Roggen behauptet, per Mai 20,10,  
per September-Dezbr. 19,70. - Weizen ruhig, per Mai  
63,90, per Juni 64,10, per Juli-August 64,40, per September-  
Dezbr. 64,50. - Rüböl fest, per Mai 76,25, per Juni 76,75,  
per Juli-August 77,75, per September-Dezbr. 79,25. Spiritus  
behauptet, per Mai 42,00, per Juni 42,00, per Juli-August  
42,25, per September-Dezbr. 40,00. - Wetter: Bedeckt.

Paris, 2. Mai. (Schlußbericht.) Rohzucker 88% träge,  
Loto 34,50 a 35,00. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilo  
per Mai 36,00, per Juni 36,12 1/2, per Juli-August 36,50, per Oktober-  
Januar 34,62 1/2.

Savre, 2. Mai. (Telegramm der Hamburger Firma Beilmann,  
Biegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, per Mai 107,75,  
per September 104,00, per Dezember 94,75. Behauptet.

Savre, 2. Mai. (Telegramm der Hamburger Firma Beilmann,  
Biegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Hausse.  
Rio 3000 Sack, Santos 5000 Sack. Recettes für 2 Tage.

Amsterdam, 2. Mai. Getreidemarkt. Weizen per No-  
vember 255. - Roggen per Mai 192 a 193 a 194, per Oktober  
177 a 178 a 179 a 178.

Amsterdam, 2. Mai. Java-Kaffee good ordinary 61 1/2.  
Amsterdam, 2. Mai. Bancazinn 54.

Antwerpen, 2. Mai. Petroleummarkt. (Schlußbericht.)  
Raffiniertes Type weiß Loto 16 1/2 bez., per Mai 15 1/2 Br.,  
per Juni 16 Br., per Juli 16 Br., per Septbr.-Dezember 16 1/2  
bez., 16 1/2 Br. Fest.

Antwerpen, 2. Mai. Getreidemarkt. Weizen fest. Rog-  
gen besser. Hafer fest. Gerste gehalten.

London, 2. Mai. Schill-Kupfer 51 1/2, per 3 Monat 52.  
London, 2. Mai. 96pCt. Zuckerrüben Loto 15 1/2, träge. -  
Rüben-Rohzucker Loto 13 1/2 stetig.

Centrifugal Cuba -  
London, 2. Mai. An der Küste 3 Weizenladungen ange-  
kündigt. - Wetter: Regenschauer.

Glasgow, 2. Mai. Robeisen. (Schluß.) Mixed numbers  
Barants 46 sh. 7 1/2 d.

Liverpool, 2. Mai. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muth-  
maßlicher Umsatz 5000 B. Träge. Tagesimport 14 000 Ballen.  
Liverpool, 2. Mai. Baumwolle. Umsatz 5000 Ballen, da-  
von für Spekulation und Export 500 B. Ruhig.

Egyptian brown fair 5 1/2, do good fair 6.  
Middl. amerikan. Lieferungen: Mai-Juni 4 1/2, Käuferpreis,  
Juni-Juli 4 1/2, do., Juli-August 4 1/2, do., August-September  
4 1/2, do., September-Oktober 4 1/2, Käuferpreis, Oktober-November  
4 1/2, do., Nov.-Dezember 4 1/2, Käuferpreis, Dezember-Januar  
4 1/2, do. do.

Newyork, 2. Mai. Baarenbericht. Baumwolle in New-  
york 8 1/2, do. in New-Orleans 8 1/2. Raff. Petroleum Standard  
white in New-York 6,95-7,20 Gd., do. Standard white in Philadelphia  
6,90-7,15 Gd. Rohes Petroleum in Newyork 6,70, do. Ripe line  
Certificates per Juni 71. Stetig. Schmalz Loto 6,97, do. Rohe  
u. Brothens 7,45. Zucker (Fair refining Muscovados) 3 1/2. Mais  
(New) per Juni 71 1/2. Rother Winterweizen Loto 117 1/2. Kaffee  
(Fair Rio-) 20. Wehl 4 D. 65 C. Getreidefracht 1/4. - Kupfer  
per Juni - nominell. Rother Weizen per Mai 115 1/2, per  
Juli 111 1/2. Kaffee Nr. 7, low ordinär per Juni 17,72, per  
August 17,17.

Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren  
betrug 9 632 410 Doll. gegen 13 974 659 Doll. in der Vorwoche,  
davon für Stoffe 1 569 141 Doll. gegen 1 830 420 Doll. in der Vor-  
woche.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 2. Mai. Die heutige Börse eröffnete in schwacher  
Haltung und mit zumeist etwas niedrigeren Kursen auf spekulativem  
Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenz-  
meldungen lauteten nicht ungünstig, übten hier aber keinen bemerk-  
enswerthen Einfluß auf die Stimmung aus.

Das Geschäft entwickelte sich bei großer Zurückhaltung der  
Spekulation im Allgemeinen ruhig und nur einzelne Ultimomente  
hatten zeitweise belangreichere Abschlüsse für sich, als sich in Folge  
von Deckungskäufen die Haltung etwas befestigte.

Der Kapitalmarkt erwies sich fest für heimische solide Anlagen  
bei ruhigem Handel, und fremde festes Zins tragende Papiere  
konnten ihren Werthstand zumeist behaupten, blieben aber gleich-  
falls ruhig; russische Anleihen und Noten schwächer.

Der Privatdiskont wurde mit 2% Proz. notirt.  
Auf internationalem Gebiet waren österreichische Kreditaktien  
unter Schwankungen nachgebend; Franzosen anfangs fest, dann  
schwächer, wie auch Lombarden, Elbethalbahn, Galizier, Warschau-  
Wien, Dux-Vodensbach fest.

Inländische Eisenbahnaktien ruhig und wenig verändert; ost-  
preussische Südbahn fester und zeitweise lebhafter.

Bankaktien lagen schwach und ruhig; die spekulativen Devisen  
durchschnittlich matter und vorübergehend lebhafter.

Industriepapiere ziemlich fest, aber nur vereinzelt lebhafter.  
Montanwerthe wenig verändert und ruhig.

Produkten-Börse.

Berlin, 2. Mai. Die Getreidebörse war anfänglich auf höhere  
Preisermeldungen aus Newyork und Wien in sehr fester Haltung  
und die Preise für Weizen und Roggen setzten erheblich höher  
ein. Nachdem die vorliegenden Kaufordres erledigt waren, traten  
auf das anhaltend schöne Wetter Abgaben reichlicher hervor, so daß  
der Aufschlag verloren ging und beide Getreidearten gegen gestern  
wenig verändert blieben. Von Weizen sind Anstellungen von New-  
york im Markt, welche mit Ballastfracht auf Hamburg nur noch  
etwa 3 M. zu hoch einstehen. Dagegen sind die Angebote von  
Roggen aus Rußland weit außer Rendement. Von Nordrußland  
fordert man 156 M. cif Stettin; für südrussische Ladungen bietet  
London 156 M. cif Hamburg; dagegen ist eine Mai-Abladung vom  
schwarzen Meer ohne Qualitätsbezeichnung aus zweiter Hand zu  
153 M. cif Hamburg im Markt. Hafer bei kleinen Umsätzen be-  
hauptet. Mais in Folge guter Ernteausichten in Amerika und

niedrigerer Preisforderungen von der Donau angeboten. Rüböl  
auf das gute Wetter und niedrigere Preise vom Auslande billiger  
abgegeben. Spiritus Loto knapp zugeführt; Termine bei stillem  
Geschäft fest und ca. 20 Pf höher.

Weizen (mit Ausschluß von Raubweizen) per 1000 Kilogramm.  
Loto fest. Termine wenig verändert. Gefündigt 200 Tonnen.  
Rüdnungspreis 243 Mark. Loto 220-243 Mark nach Qualität.  
Lieferungsqualität 241 M., per diesen Monat 243,5-242,5 bez.,  
per Mai-Juni 238,5-239-238 bez., per Juni-Juli 238-5-237,25 bez.,  
per Juli-August 226,5-227-226 bez., per August-September -,  
per September-Oktober 213-5-211,75 bez.

Roggen per 1000 Kilogramm. Loto fest. Termine schließen  
matt. Gefündigt 600 Tonnen. Rüdnungspreis 203 Mark.  
Loto 183-202 Mark nach Qualität. Lieferungsqualität 200 Mark,  
inland. guter 200 ab Bahn bez., per diesen Monat 202-204-202  
bez., per Mai-Juni 201-5-200 bez., per Juni-Juli 200,5-198,5  
bez., per Juli-August 191,5-189,75 bez., per September-Oktober  
182,5-181,25 bez.

Gerste per 1000 Kilogramm. Fest. Große und kleine  
156-185 M. nach Qualität. Futtergerste 157-168 M.  
Hafer per 1000 Kilogr. Loto fest. Termine wenig verändert.  
Gefündigt - Tonnen. Rüdnungspreis - M. Loto 171-187 M.  
nach Qualität. Lieferungsqualität 177 Mark. Kommerzialer, preu-  
ßischer und schlesischer mittel bis guter 172-179, feiner 183-185  
ab Bahn bez., per diesen Monat 173,5-173 bez., per Mai-Juni  
172-171,5 bez., per Juni-Juli 171,5-171 bez., per Juli-August  
162-161 bez., per September-Oktober 150,5-150 bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loto matter. Termine still.  
Gefündigt - Tonnen. Rüdnungspreis - Mark. Loto 168 bis  
180 M. nach Qualität, per diesen Monat 157,5 bez., per Mai-Juni  
154 bez., per Juni-Juli 153,5 bez., per Juli-August - bez.,  
per September-Oktober - M.  
Erbsen per 1000 Kg. Rohware 175-185 M., Futterware  
164-172 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm brutto incl.  
Sack. Termine höher. Gefündigt - Sack. Rüdnungspreis  
- Mark, per diesen Monat 27,5-27,4 bez., per Mai-Juni 27,3  
bis 2, bez., per Juni-Juli 27,2-1 bez., per Juli-August 26,1 bis  
26,2 bez., per Septbr.-Oktober 25,1-25 bez.

Rüböl per 100 Kilogramm mit Saß. Niedriger. Gefündigt  
1500 Zentner. Rüdnungspreis 61,4 Mark. Loto mit Saß -  
Loto ohne Saß - , per diesen Monat und per Mai-Juni  
61,5-2 bez., per Juli-August 51,8-52,1-52 bez., per August-Septem-  
ber 51,8-52,1-52 bez., per Septbr.-Oktober 48,2-5-4 bez.,  
per Oktober-November - , per November-Dezember -

Weizenmehl Nr. 00 32,25-30,75, Nr. 0 30,05-29,00 bez.  
Feine Marken über Notiz bezahlt. Guter Begehr.  
Roggenmehl Nr. 0 u. 1 27,5-26,75, do. feine Marken  
Nr. 0 u. 1 28,5-27,5 bez., Nr. 0 1/2 M. höher als Nr. 0 und  
1 per 100 Kilo Br. incl. Sack. Guter Begehr.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. à 100  
Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt - Ltr. Rüdnungs-  
preis - Mark. Loto ohne Saß - bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. à 100  
Proz. = 10 000 Ltr. Proz. nach Tralles. Gefündigt - Ltr. Rüdnungs-  
preis - Mark. Loto ohne Saß 51,7 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100  
Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt - Ltr. Rüdnungs-  
preis - Mark. Loto mit Saß - , per diesen Monat -

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Höher. Gefündigt  
80 000 Liter. Rüdnungspreis 51,2 Mark. Loto mit Saß - ,  
per diesen Monat und per Mai-Juni 51,1-4 bez., per Juni-Juli 51,4  
bis 8 bez., per Juli-August 51,8-52,1-52 bez., per August-Septem-  
ber 51,8-52,1-52 bez., per Septbr.-Oktober 48,2-5-4 bez.,  
per Oktober-November - , per November-Dezember -

Weizenmehl Nr. 00 32,25-30,75, Nr. 0 30,05-29,00 bez.  
Feine Marken über Notiz bezahlt. Guter Begehr.  
Roggenmehl Nr. 0 u. 1 27,5-26,75, do. feine Marken  
Nr. 0 u. 1 28,5-27,5 bez., Nr. 0 1/2 M. höher als Nr. 0 und  
1 per 100 Kilo Br. incl. Sack. Guter Begehr.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. | Doll = 4 1/2 M. | Rub. = 3 M. 102 Pf. 7 fl. södd. W. = 12 M. | fl. österr. W. = 2 M. | fl. holl. W. = 1 M. 70 Pf. | Frano oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Table with multiple columns listing various financial instruments, exchange rates, and market prices. Columns include bank-discount, gold, banknotes, foreign funds, and various stocks and bonds from different regions like Berlin, London, and Amsterdam.